

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Deutsch-chinesische Abkommen über den Austausch von Wissenschaftlern und über technologische Zusammenarbeit**

Mitte September wurde in Peking ein Abkommen zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Max-Planck-Gesellschaft über den Austausch von Wissenschaftlern in den nächsten drei Jahren geschlossen. Die Vereinbarung, die zunächst zwanzig Forschern und Professoren den Besuch in den Partnerländern ermöglicht, wurde vom Generalsekretär der Münchner Gesellschaft, Dietrich Ranft, und dem stellvertretenden Generalsekretär der Akademie, Yü Wen, unterzeichnet. Die Max-Planck-Gesellschaft ist nach der britischen "Royal Society" die zweite wissenschaftliche Förderorganisation, mit der die chinesische Akademie ein Austauschprogramm vereinbart hat.

Außerdem kam es während des Besuches des Kommissionsvorsitzenden für Wissenschaft und Technologie, Fang Yi, im Oktober 1978 zur Unterzeichnung eines deutsch-chinesischen Regierungsabkommens über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Ein vergleichbares Abkommen hatte die VR China bisher nur mit Frankreich abgeschlossen. Das Abkommen soll den Rahmen und die Form der Zusammenarbeit regeln. Als erste gemeinsame deutsch-chinesische wissenschaftliche Veranstaltung fand bereits vom 23.9. bis 6.10.1978 unter Beteiligung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Peking ein Seminar über geowissenschaftliche Fragen im Bereich der Erdölprospektion und -förderung statt.

(2) **Besuch einer Delegation des "Instituts des Chinesischen Volkes für Auswärtige Angelegenheiten" (chung-kuo jen-min wai-chiao hsüeh-huei 中国人民对外学会 im Institut für Asienkunde**

Unter Leitung seines Direktors, Hao Te-ching 郝德青, besuchte eine sechsköpfige Delegation des Volksinstitutes das Institut für Asienkunde.

Das Volksinstitut ist ein Organ, das Beziehungen zum Ausland wahrnimmt, die weder auf Staatsebene noch auf KP-Ebene noch vom Staatlichen Touristenbüro Lü-hsing-she gepflegt werden. Anders als es die Bezeichnung (hsüeh-huei) vermuten läßt, treibt das Institut keine Forschung, sondern ist zuständig für die Pflege von Kontakten mit Parlamentariern der verschiedenen Parteien, ferner mit Parteimitgliedern, die nicht im Parlament vertreten sind, und mit Wissenschaftlern bzw. wissenschaftlichen Institutionen.

Freundschaftsvereinigungen aus dem Ausland

werden von entsprechenden chinesischen Freundschaftsgesellschaften betreut, nicht vom Volksinstitut. Die Funktionen der alten Solidaritätskomitees (z.B. mit den Völkern Asiens und Afrikas) sind heute z.T. vom Volksinstitut übernommen worden, z.T. aber auch von den chinesischen Freundschaftsgesellschaften.

(3) **Chinesische Journalisten berichten über Westdeutschland**

Die "Volkszeitung" vom 5.9.78 brachte im Rahmen einer Reportage über Westeuropa einen Artikel, der sich eigens mit der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte. Es handelt sich um einen Bericht der chinesischen Pressedelegation, die unlängst Westeuropa bereiste. Die sehr sachliche Berichterstattung hob besonders einen Besuch des Hamburger Hafens hervor und eine Besichtigung der DPA und ihrer elektronischen Nachrichtenverarbeitung in Hamburg. Weiter wurden ausgiebig das Bayer-Werk und Münchens Flugzeugwerke MBB neben allgemeinen Angaben über industrielle und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik diskutiert.

(4) **Die Volkszeitung über das Münchner Oktoberfest**

Pekings Volkszeitung berichtete in der Ausgabe vom 18.9.78 in einem kurzen Essay über die Sitten der Deutschen beim Oktoberfest. Derartige Berichte wären noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Das Oktoberfest wird in dem Essay als ein Erntefest der Bauern mit einer über 160jährigen Geschichte dargestellt, wobei alle Welt in Lederhosen und mit Bierkrügen in der Hand sich gegenseitig zuprosteten. An derartigen Geschichten ist die große Lockerung im Medienstil der Volksrepublik in der letzten Zeit abzulesen.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) **Albanien wirft Peking "Kriegshetze" und "teufliche Ziele" vor**

Die Ausgabe der KP-Zeitung "Zeri i Popullit" vom 3.9. nimmt die Besuchsreise Hua Kuo-fengs in Rumänien und in Jugoslawien zum Anlaß, den Chinesen Kriegstreiberei und Streben nach Weltherrschaft vorzuwerfen. Die Besuche hätten "äußerst teuflische Ziele" gehabt. China wolle den Balkan zu einem Pulverfaß machen und dort den Ausbruch des Dritten Weltkrieges provozieren. China wolle die Feindschaft zwischen den Balkanvölkern schüren. Es lege ein für

Supermächte typisches imperialistisches Gehabe an den Tag. Dem chinesischen Ziel der Anstiftung eines Weltkrieges zwischen den beiden Supermächten diene auch der chinesisch-japanische Friedensvertrag. China habe auch bereits einen blutigen Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha ausgelöst. Selbst in Afrika betreibe Peking eine expansionistische Politik.

Die Unterstellung, Albanien könnte sich nach dem Bruch mit Peking wieder der Sowjetunion annähern, wurde in dem Blatt als chinesisches Gerücht abqualifiziert (wiedergegeben in FAZ, 4.9. und NZZ, 5.9.78).

(6) Die Texte der Polemik zwischen China und Albanien

Die Monitor-Redaktion der Deutschen Welle hat eine außerordentlich nützliche Nachrichten-Zusammenstellung über die Entwicklung der albanisch-chinesischen Beziehungen herausgegeben. Hier wird in aller Deutlichkeit der Bruch zwischen Tirana und Peking vom 7. Juli 1977, als Albanien Parteizeitung seine Kritik an Pekings Theorie von den Drei Welten eröffnete, bis zur Einstellung der chinesischen Hilfe für Albanien genau ein Jahr später nachgezeichnet. In der albanischen Presse gibt es einige interessante Enthüllungen über eine angebliche Einmischung Pekings in die inneren Angelegenheiten und die Schaffung einer Pro-Peking-Gruppe unter Führung des ehemaligen albanischen Verteidigungsministers. Tirana hat weitere "Enthüllungen" angekündigt. Neuerdings hat sich Albanien auch in der Auseinandersetzung zwischen Vietnam und China auf die vietnamesische Seite geschlagen (Atta, 3.9.78, nach MD, 4.9.78).

LATEINAMERIKA

(7) Mittelamerika: Unterstützung des "Befreiungskampfes" in Puerto Rico und Nicaragua

China unterstützt die am 12. September verabschiedete Resolution des UNO-Sonderausschusses für Entkolonialisierung, die das Recht des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fordert. Puerto Rico war spanische Kolonie von 1509-1898 und wurde während des spanisch-amerikanischen Krieges 1898 von den USA besetzt. 1952 erhielt das Land aufgrund eines Volksentscheides den Status eines "freien assoziierten Staates" mit "innerer Selbstverwaltung". 1967 folgte ein weiterer Volksentscheid, durch den der Status quo aufrecht erhalten wurde. Anfang 1977 legte der damalige US-Präsident Ford dem Kongreß eine "Akte über die Souveränität Puerto Ricos" vor. Präsident Carter erwägt einen erneuten Volksentscheid. Aus chinesischer Sicht ist Puerto Rico immer noch eine "getarnte Kolonie" der USA.

Beifall auch für den Kampf der "Volksbefreiungsfront Sandinista" gegen die Diktatur Somozas, der am 9. September ausbrach und das Ziel der Bildung einer aus mehreren Parteien bestehenden demokratischen Regierung verfolgt. Der Aufstand sei die Fortsetzung des Kampfes des nicaraguanischen Volkes gegen

die 40jährige Terrorherrschaft der Familie Somoza, der seit der Ermordung des Oppositionsführers Chamorro am 10. Januar 1978 noch verstärkt worden sei. (PRu 1978, Nr.38, S.30 und PRu 1978, Nr.5, S.29)

AFRIKA UND NAHOST

(8) Besuch Hua Kuo-fengs im Iran

Vom 29. August bis 1. September besuchte Hua Kuo-feng im Anschluß an seinen Rumänien- und Jugoslawienbesuch den Iran. Zum politischen Rahmenwerk dieser Visite und zu den Abmachungen vgl. das Thema in diesem Heft.

(9) Keine direkte Stellungnahme zu den Gesprächen von Camp David

NCNA (23.9.78 und SWB, 27.9.78) berichtet ohne eigene Stellungnahme über das Abkommen zwischen Sadat und Begin, das am 17. September im Weißen Haus in Washington unterzeichnet wurde. Der Bericht betonte auch, daß palästinensische Vertreter am "endgültigen Status" der Westbank und des Ghaza-Streifens mitsprechen sollen. Nach einer Darlegung der einzelnen Bestimmungen des Rahmenwerks für einen ägyptisch-israelischen Friedensvertrag weist NCNA darauf hin, daß es nach Unterzeichnung eines solchen Friedensvertrags und nach dem Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Sinai normale Beziehungen zwischen Ägypten und Israel geben wird. Nur noch UN-Kräfte sollten in dem Gebiet westlich der internationalen Grenze stationiert werden.

Desgleichen berichtete NCNA über die Konferenz der Verweigerungsfront, die in Damaskus vom 20.-23. September stattfand (NCNA, 24.9.78). Ebenfalls ohne weiteren Kommentar wird von der "Zurückweisung der Camp-David-Vereinbarungen" und von der "Unterstützung des Standpunkts der PLO" durch die Konferenz berichtet. Kommentarlos wird auch der Auftrag der Konferenz an Präsident Assad wiedergegeben, mit der Sowjetunion Kontakte aufzunehmen, um so für eine Wiederherstellung der militärischen und politischen Balance in der Region zu sorgen.

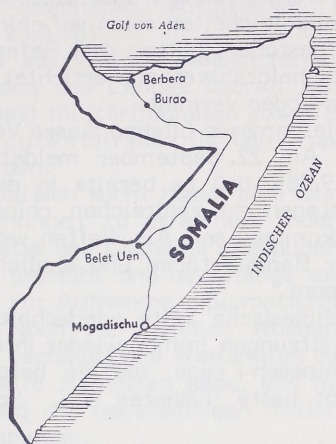
Es ist klar, daß die Sympathien Chinas bei Ägypten liegen und daß ihm die Versuche der Verweigerungsfront, die Sowjetunion erneut in den Mittelosten hereinzuziehen, zutiefst zuwider sein müssen. Trotzdem will es China mit niemandem verderben und hält sich deshalb in seinen Kommentaren vorsichtig zurück.

(10) Straße nach Mogadishu fertiggestellt

Am 1. August 1978 fand in Burao nahe dem nordsomalischen Hafen Berbera (am Golf von Aden) eine Feier zur Eröffnung der 970 km langen Straße von Belet Ugn (rd. 200 km nördlich von Mogadishu) und Burao (100 km südlich von Berbera) statt. Die Straße wurde entlang einem alten Wüstenpfad gelegt und verbindet die Agrarzentren Somalias im Süden mit dem Viehzuchtgebiet im Norden.

Die Straße wurde mit chinesischer Hilfe gebaut, nachdem vorher westliche Länder die Finanzierung

abgelehnt hatten. Entlang der durch Wüstenzonen führenden Straße wurden Brunnen, Kanäle und Wasserreservoirs errichtet (PRu 1978, Nr.37, S.28). Seit dem Bruch Somalias mit der Sowjetunion im Jahre 1977 hat China zahlreiche Entwicklungshilfeprojekte in Somalia übernommen, um sicherzustellen, daß Somalia ein Teil des antisowjetischen Gürtels in Ostafrika bleibt, der von Ägypten über Sudan bis zum Horn von Afrika reicht.



(11) Tansanischer Ministerpräsident in Peking

Edward Moringe Sokoine, Premier von Tansania, kam am 12. September zu einem Besuch nach Peking und wurde dort am Flughafen u.a. von Hua Kuo-feng empfangen - ein Zeichen für die hohe Einschätzung, die man dem Gast entgegenbrachte. Sokoine hatte zuvor in P'yong-yang an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Korea teilgenommen.

Tansania wurde als eine der wichtigen "Frontstaaten" gefeiert, die den Befreiungsbewegungen des Volkes von Simbabwe, Namibia und Azania entscheidende Unterstützung habe zuteil werden lassen. Ferner trete Tansania für eine Friedenszone im Indischen Ozean ein und engagiere sich gegen die Errichtung von Militärbasen ausländischer Staaten auf dem afrikanischen Kontinent (JMJP, 12.9.78). Die afrikanischen Angelegenheiten dürften nur durch die Afrikaner selbst, nicht durch auswärtige Staaten, gelöst werden.

Sokoine verwies auf den Besuch Chou En-lais im Jahre 1964 und auf dessen damalige Erklärung, daß "Afrika reif für die Revolution" sei. Chou habe damit die Entwicklungen in der Tat richtig vorausgesehen, wie der Kampf gegen die Rassenregimes im südlichen Afrika beweise. Der Gast bedankte sich auch nochmals für die nach wie vor effektive chinesisch-tansanische Wirtschaftszusammenarbeit und wies auf den Bau der Tansam-Bahn sowie auf die Errichtung einer Weberei und einer Fabrik für Landwirtschaftsmaschinen hin (SWB, 14.9.78).

Was die Tansam-Bahn anbelangt, so haben sich inzwischen Störungen eingestellt. Wie das US-Wirtschaftsmagazin "Business Week" berichtet, sind drei Viertel der 2.100 Waggons und jede zweite Lokomotive der Tansam-Bahn derzeit nicht betriebsbereit. So komme es, daß sich im Hafen Daressalam rund 100.000 t Importgüter und in Sambia rund 50.000 t Exportgüter stapelten. Diese Störungen könnten aller-

dings nicht den Chinesen angelastet werden, die bei Planung und Bau der Eisenbahn erstklassige Arbeit geleistet hätten. Ihr einziger Fehler habe darin bestanden, daß sie die Schwierigkeiten unterschätzt hätten, die der Betrieb für die beiden afrikanischen Staaten aufwirft (zitiert in Spiegel, 25.9.78).

ASIEN

(12) Annäherung zwischen Indien und China?

Bereits im März 1978 hatte eine chinesische Delegation unter Wang P'in-nan die Republik Indien besucht und war dabei u.a. auf die für Indien im Verhältnis zu China so wichtige Grenzfrage zu sprechen gekommen. Der Streit müsse durch "friedliche Verhandlungen" beigelegt werden, sagte der chinesische Vertreter, der als Mitglied des ZK und Vorsitzender der Volksorganisation für die Freundschaft mit fremden Ländern einen in der chinesischen Außenpolitik nicht unwichtigen Rang einnimmt.

Im Oktober 1978 will nun der seit eineinhalb Jahren als Außenminister fungierende Atal Behari Vajpayee Peking besuchen. Damit kommt erstmals seit dem Indisch-Chinesischen Krieg von 1962 ein indischer Regierungsvertreter wieder in die Volksrepublik. Vajpayee hatte bereits bei seinem Besuch in Moskau Mitte September 1978 einen strikt neutralen Kurs gesteuert, als er Invektiven des sowjetischen Außenministers gegen China nicht erwiderte. Als der sowjetische Vertreter von Pekings "groben Provokationen gegen Vietnam" sprach, nannte Vajpayee den neuen Indochina-Konflikt eine "Tragödie" und rief zu unparteiischem Einsatz für den Frieden auf.

An die Adresse Pekings gerichtet, machte Vajpayee klar, daß der 1971 geschlossene indisch-sowjetische "Vertrag für Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit" nach wie vor fortbestehe und die Grundlage der indisch-sowjetischen Beziehungen abgebe, daß dieser Vertrag aber keineswegs gegen irgendein drittes Land gerichtet sei. Auch ließen sich die Inder diesmal, wie vorher schon Indira Ghandi, nicht auf eine Diskussion über den seit 1969 auf dem Tisch liegenden Vorschlag Breschnews für ein "kollektives Sicherheitssystem in Asien" ein.

In Indien selbst hat bereits der lange erwartete Streit über die weitere China-Politik eingesetzt. Der frühere Innenminister Charan Singh hat bei einem Treffen von Kongreßmitgliedern vor jeder Konzession in der Grenzfrage gewarnt. Grundlage für die Beziehungen zu China müsse weiter die Resolution sein, die das Parlament 1962 nach dem verlorenen Grenzkrieg gegen die Chinesen einstimmig verabschiedet habe. Darin war die Entschlossenheit des indischen Volkes bekräftigt worden, "die Aggressoren von der heiligen Erde Indiens zu vertreiben, so hart und lange der Krieg auch sein mag".

(13) Eine neue China-Politik des Dalai Lama?

Der Dalai Lama, das frühere kirchliche und weltliche Oberhaupt von sechs Millionen Tibetern, der 1959 nach Indien geflohen war und dort heute noch lebt, gab einem Journalisten der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo ein Interview (SWB, 31.8.78,

S. A 3/10), in dem er andeutete, daß er mit der Regierung in Peking zu einer beiderseitigen Regelung der Tibet-Frage kommen möchte. Er teilte mit, daß er den Anspruch auf ein unabhängiges Tibet aufgebe, wenn er zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Tibetaner unter chinesischer Regierung "glücklich leben könnten". Ein erster Schritt auf dem langen Weg zu einer Versöhnung wäre getan, wenn Peking exilierten Tibetanern in New York oder Genf erlaubte, ihre Heimat zu besuchen und sich dort Eindrücke zu verschaffen.

Der Dalai Lama scheint sich inzwischen auch von dem "Tibetanischen Jugendkongreß" distanziert zu haben, dessen 6000 Mitglieder das Ziel haben, "ihr Mutterland durch Einsatz von Waffen aus chinesischer Hand zu befreien". Der Jugendkongreß hatte u.a. auch gegen die nepalesische Regierung protestiert, nachdem diese 1974 beschlossen hatte, die Streitkräfte der "Khampas" aufzulösen, die vorher immer wieder bewaffnete Überfälle nach Tibet hinein unternommen hatten.

Der Dalai Lama und sein aus fünf Mitgliedern bestehendes Kabinett, der "Kashaz", vertreten heute einen der Vorstellungen des Tibetanischen Jugendkongresses zuwiderlaufenden Weg der China-Politik.

Der Dalai Lama sah auch in den Besuchen Hua Kuo-fengs in Rumänien und Jugoslawien ein "positives Anzeichen dafür, daß Peking über die wachsende Militärmacht der Sowjetunion und die Haltung Vietnams beunruhigt ist".

(14) Dichtung und Wahrheit zur Unterstützung der Kambodschaner durch die VR China

Nach dem Geständnis eines "gefangengenommenen kambodschanischen Offiziers in Vietnam", das von Radio Hanoi (SWB, 7.8.78) ausgestrahlt wurde, beläuft sich die chinesische Unterstützung für Kambodscha auf folgende Maßnahmen:

- Einrichtung eines Militärberaterstabs in Phnom Penh (wahrscheinlich 1975) und Entsendung zahlreicher Funktionäre und Techniker, die sich in drei Kategorien aufteilen lassen: die erste Gruppe besteht aus Technikern, die nach Rohstoffen suchen, die zweite sei in Industriebetrieben, bei der Eisenbahn und in Waffenreparaturbetrieben eingesetzt. Eine dritte Kategorie schließlich befasse sich mit der Ausbildung der kambodschanischen Streitkräfte. Chinesen seien vor allem für die Flugzeuge (verschiedene MiG-Typen, T-28, C-130, C-47) zuständig. Außerdem würden kambodschanische Soldaten von chinesischen Militärberatern in der Bedienung von Artilleriegeschützen (130 mm aufwärts) ausgebildet sowie an verschiedenen Panzern.

- Bau eines Flughafens in der Provinz Kompong Chhnang.

- Lieferung von Waffen wie Panzer, Kriegsschiffe, Artilleriegeschütze und Infanteriegewehre über den Hafen Kompong Som. Auch gebe es eine Luftverbindung nach China.

(15) China-Vietnam: Ende der Gespräche und gegenseitige Beschuldigungen

Die sino-vietnamesischen Verhandlungen auf Vize-Minister-Ebene, die am 8. August 1978 in Hanoi begannen, fanden im August und im September je

viermal statt (7., 12., 19. und 26. September), ehe sie am 26. September von seiten der Chinesen einseitig abgebrochen wurden, und zwar mit der Begründung, daß eine weitere Verhandlung angesichts der Unwilligkeit Hanois, wirklich ein Verhandlungsergebnis herbeizuführen, sinnlos sei. (SWB, 28.9.78)

Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitiger militärischer Provokationen. Nach der Darstellung Chinas sei es seit dem blutigen Zusammenstoß vom 25. August am "Freundschaftspaß" zu nicht weniger als dreizehn Zwischenfällen gekommen, für die Vietnam die Verantwortung trage. Vietnamesische Truppen und Polizeieinheiten seien auf chinesisches Territorium vorgestoßen, hätten dort Befestigungsanlagen gebaut, Stacheldrahtverhaue errichtet und an einigen Stellen den Boden vermint.

Die Vietnamesen blieben diesen Vorwürfen nichts schuldig. Am 22. September meldete Radio Hanoi (SWB, 25.9.78), daß es bereits in den ersten zehn Septembertagen zu zahlreichen chinesischen Übergriffen gekommen sei. Als Waffen werden allerdings immer nur Bambusstöcke und ähnliche Schlagwerkzeuge genannt.

Die chinesische Seite wiederholte während der Septembersitzungen immer wieder ihre Thesen in der Auslandschinesen-Frage, die sie bereits im August vorgebracht hatte (Näheres C.a. September 1978, Ü 10).

Außerdem kam die Kambodscha- und die Laos-Frage ins Spiel. Am 23. September brachte die JMJP einen Bericht, in dem der Verdacht ausgesprochen wird, daß Vietnam einen Großangriff auf Kambodscha vorbereite.

Ferner kam das Gerücht auf, daß der frühere Meo-Führer Vang Pao, der mit amerikanischer Hilfe jahrelang eine Armée Clandestine gegen die Kommunisten in Laos geleitet hatte, zu einem heimlichen Besuch nach Peking gereist sei, um dort Hilfe für eine Widerstandsbewegung gegen die vietnamesisch-sowjetische Besetzung von Laos aufzubauen. Ein Kommentar von JMJP (9.9.78) bezeichnete diese Gerüchte allerdings als sowjetische Erfindung, die von der vietnamesischen Parteizeitung Nhan Dan am 30. August eifrig aufgebauscht und selbst von der Hongkonger "Far Eastern Economic Review" aufgegriffen worden sei. Moskau und Hanoi trieben hier das alte Spiel des Diebes, der einen anderen als Dieb beschuldigt. Zumindest war die Vang Pao-Geschichte gut erfunden; denn Peking hatte in den letzten Monaten einige Niederlagen in dem ehemaligen Königreich hinnehmen müssen. U.a. wurde im August 1978 ein chinesisches Konsulat geschlossen - und zwar in auffälliger Parallelität zu den Schließungen chinesischer und vietnamesischer Konsulate auf vietnamesischem bzw. chinesischem Gebiet. Angeblich sind auch die letzten chinesischen Straßenbauer, die jahrelang in Laos beschäftigt waren, inzwischen nach Hause geschickt worden (IHT, 25.9.78).

Was die vietnamesische Seite anbelangt, so war sie inzwischen auch nicht untätig: Anfang September stellte sie den Eisenbahnverkehr zwischen Vietnam und China ein. NCNA (5.9.78) protestiert heftig gegen diesen "einseitigen Bruch" vertraglicher Abmachungen zwischen beiden Nachbarstaaten. Die Schienenstrecke sei von Vietnam am 30. August unter dem Vorwand von "Reparaturarbeiten" geschlossen worden. Mit diesem "arroganten Vorgehen" beweiße Vietnam erneut, daß es an einer weiteren Verschärfung der beiderseitigen Beziehungen interessiert sei (SWB, 6.9.78).

Kurz vorher schon hatte die Zeitung Quan Doi Nhan Dan in ihrer Ausgabe vom 18. August eine Landkarte abgedruckt, die in Peking 1954 veröffentlicht wurde. Darauf seien als "chinesische Territorien" zahlreiche nichtchinesische Staaten eingezeichnet gewesen, die von den "Imperialisten während der demokratischen Revolution zwischen 1840 und 1919 besetzt worden" seien, nämlich die Mongolei, Nepal, Sikkim, Bhutan, Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Birma, Malaysia, Thailand, ein Drittel Indiens, die Ryu-Kyu-Inseln und ein Drittel der Sowjetunion (einschließlich Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan usw.). (SWB, 23.8.78)

Berichte aus Vietnam weisen ferner darauf hin, daß im Norden des Landes überall Schützengräben ausgehoben und Militärflughäfen sowie Befestigungsanlagen und Zufahrtstraßen für den Truppentransport angelegt würden.

Außenpolitisch sucht Hanoi eine Diversifizierung seiner Beziehungen zu erreichen, indem es einmal eine Diplomatie des Lächelns gegenüber den Ländern Südostasiens betreibt und neuerdings sogar den USA das Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen macht. Noch vor wenigen Wochen hatten die Vietnamesen verlangt, daß Washington rund 3,5 Mrd.\$ Reparationshilfe zu leisten habe, ehe für Hanoi eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen überhaupt diskutabel sei.

(16) Teng Hsiao-p'ing in Nordkorea

Anlässlich des 30. Gründungstages der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (DVRK) besuchte eine Partei- und Regierungsdelegation mit Teng Hsiao-p'ing an der Spitze vom 8.-13. September P'yong-yang. Teng leistete der offiziellen koreanischen Revolutionsgeschichte Lippendienst. "Nach 15 Jahren bewaffneten Kampfes beendete am 15. August 1945 das koreanische Volk unter Führung des Genossen Kim Il-song und der Partei der Arbeit Koreas die 36jährige Kolonialherrschaft des japanischen Imperialismus und befreite das Land." Korea habe, "angeleitet von der revolutionären Linie des Präsidenten Kim Il-song", den "Widerstandskrieg gegen die bewaffnete Aggression des amerikanischen Imperialismus bestanden" und habe "im revolutionären Geist des Vertrauens auf die eigene Kraft und des harten Kampfes die Chollima-Bewegung entfaltet". Die Partei habe das "rote Banner der ideologischen, technischen und kulturellen Revolution stets hochgehalten und die DVRK in ein sozialistisches Land mit solider und unabhängiger Wirtschaftsbasis, mit einem starken nationalen Verteidigungssystem und einer blühenden nationalen Kultur verwandelt".

Ähnlich wie beim Besuch Hua Kuo-fengs im Frühjahr 1978 wurden auch diesmal in Tengs Rede wie auch in den Glückwunschsadressen Yeh Chien-yings und Hua Kuo-fengs Anspielungen auf den Sozialimperialismus vermieden.

Die chinesischen Medien versäumten es auch nicht, sich ausdrücklich hinter die nationalen Wiedervereinigungsvorstellungen Kim Il-songs zu stellen: Das "UNO-Kommando" müsse aufgelöst werden, Washington habe seine "Aggressionstruppen, Waffen und Ausrüstungen aus Südkorea abzuziehen". Die Koreafrage sei ohne fremde Einmischung vom koreanischen Volk selbst zu lösen.

Die ungemein positive offizielle Haltung der Chinesen dem koreanischen Nachbarstaat gegenüber

hebt sich kraß ab von dem feindseligen Verhalten, das sich zwischen China und Vietnam entwickelt hat. Man hat sogar den Eindruck, daß sich China den Koreanern umso höflicher und aufmerksamer zuwendet, je gespannter sich die Beziehungen zu Vietnam entwickeln.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(17) China unterstützt die ECAFE

Vom 21.-23. August fand in Delhi eine Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats der UNO (ECOSOC : Economic and Social Council) statt. Der ECOSOC gliedert sich u.a. in vier regionale Wirtschaftskommissionen für Europa, Lateinamerika, Afrika und Asien/Fernost (daher die Bezeichnung ECAFE = Economic Commission for Asia and the Far East). Aufgabe des ECOSOC ist es, Empfehlungen in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten für die jeweilige Region zu erarbeiten und Fragen der Gesundheit und Erziehung sowie der Menschenrechte zu behandeln.

Bei der Tagung in Delhi beschloß die Konferenz einstimmig ein Aktionsprogramm zur Erweiterung von Handel und Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum. U.a. ist es ein Ziel des Aktionsprogramms, auf die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung hinzuwirken, um so die Entwicklungsländer in den Genuß besserer Handelsbedingungen kommen zu lassen.

Der chinesische Delegationsleiter Liu Hsi-wen führte in seiner Rede am 22. August aus, daß China das Aktionsprogramm im besonderen und die Ziele der ECAFE im allgemeinen voll unterstütze. Es wolle auch Handel mit jedem Land der Region treiben. Schließlich strich er die geographischen und historischen Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern der Region heraus.

Die Ziele der ECAFE müßten in erster Linie gegen die beiden Supermächte erkämpft werden. Hierbei gilt es vor allem, den Plan eines sowjetischen Kollektiv- und Sicherheitssystems in Asien abzublocken. (PRu 1978, Nr.36, S.30,32)

(18) China tritt ISO bei

Peking ist der Internationalen Organisation für Normung (ISO) beigetreten, deren Sitz in Genf liegt. Die ISO, in der 86 Länder vertreten sind, setzt sich für eine weltweite Vereinheitlichung in den verschiedensten Bereichen von Wissenschaft, Technik und Industrie ein (SZ, 8.9.78).

INNENPOLITIK

(19) Rehabilitierungsansätze für Kommune-Kritiker und Gegner der Kulturrevolution Peng Te-huai, Liu Shao-ch'i und Anhänger

Die Rehabilitierungswelle in der Volksrepublik